

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Zum Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft
„Jugend im Parlament 2000“**

Mehr Rechte für Jugendliche

Die Bereitschaft zu politischem Engagement bei Jugendlichen ist groß, wenn sie konkrete Möglichkeiten erhalten, ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Allerdings brauchen Jugendliche gezielte Unterstützung und Begleitung durch Verantwortliche in der Gesellschaft und Politik, um sich sinnvoll mit ihren Ideen einbringen zu können und nicht die Lust an der Beteiligung zu verlieren.

Bremer Jugendliche haben über Jahre Formen der Mitbestimmung entwickelt: Schülervertretungen, Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen, Jugendverbände und deren Zusammenschlüsse. Sie alle haben zusammen mit anderen konstruktiv an der Fähigkeit zur Wertorientierung und Meinungsbildung gearbeitet und sich für eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in dieser Gesellschaft eingesetzt.

Obwohl gesetzlich vorgeschrieben, fehlt in Bremen eine systematische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Planungsprozessen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für eine Senkung des aktiven Wahlalters im Land Bremen auf 16 Jahre aus.
- Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, umgehend eine Jugend-enquetekommission zum Thema „Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen“ einzusetzen.

Anja Stahmann, Karoline Linnert und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen